

26.11.2013, 00:00 Uhr

Studie John-Stuart-Mill-Institut

# Die Freiheit gerät ins Hintertreffen

Ulrich Schmid, Berlin 26.11.2013, 00:00 Uhr



Was die Deutschen sehr mögen, sind Verbote, wobei diese Sparte in der Studie mit saftigen Überraschungen aufwartet. (Bild: Imago)

Laut einer Studie des John-Stuart-Mill-Instituts der Hochschule Heidelberg ist im letzten Jahr die Wertschätzung der Deutschen für die Freiheit weiter zurückgegangen. Immer beliebter ist hingegen der betreuende Staat.

Freiheit ist ein Wert, der laut jüngsten Erhebungen in Deutschland immer geringer geschätzt wird. Seit 2011 erhebt das John-Stuart-Mill-Institut der Universität Heidelberg zusammen mit dem Institut für Demoskopie Allensbach und dem Institut für Publizistik der Universität Mainz den sogenannten Freiheitsindex. In seiner neuesten Publikation für das Jahr 2013 ist das Institut nun aufgrund einer repräsentativen Befragung der Bevölkerung und einer quantitativen Medieninhaltsanalyse überregionaler Printmedien zum Schluss gekommen, dass die Wertschätzung der Freiheit in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr leicht abgenommen hat.

## Esst gutes Essen!

Wie Professorin Ulrike Ackermann, die Leiterin der Studie, sagte, landet die Freiheit 2013 auf einer Skala, die sich von -50 bis +50 erstreckt, bei -2,7. Im Vergleich mit konkurrierenden Werten wie Gleichheit, Gerechtigkeit oder Sicherheit befindet sie sich damit klar im Hintertreffen. Mehr Staat ist erwünscht, Darling der Deutschen ist laut den Forschern jedoch klar der «betreuende», der sich «kümmernde» Staat, der im Unterschied zum

«liberalen» Staat als gerechter, wohlhabender, menschlicher und lebenswürdiger angesehen wird. Zwischen Ost- und Westdeutschland scheinen sich die Mentalitäten langsam anzugleichen. Dem Satz «Jeder ist seines Glückes Schmied» stimmten 2013 im Westen 50, im Osten 46 Prozent der 1548 Befragten zu – eine eher geringe Differenz. In den Jahren nach der Wende war sie noch grösser.

Was die Deutschen hingegen sehr mögen, sind Verbote, wobei diese Sparte mit saftigen Überraschungen aufwartet. Wenig überraschend ist, dass 84 Prozent (2 Prozent mehr als im Vorjahr) harte Drogen wie Heroin oder Kokain verboten sehen möchten. Auch, dass das Klonen von Menschen nicht toleriert wird (76 Prozent möchten staatliche Verbote) und dass 71 Prozent finden, rechtsradikale Parteien gehören verboten, kann nicht wirklich verblüffen. Bemerkenswert ist allenfalls, dass die Akzeptanz gegenüber linksradikalen Parteien grösser ist, denn nur 42 Prozent sind der Ansicht, auch Linksradikalen sollte legales Wirken verunmöglicht werden. Dass allerdings nicht weniger als 64 Prozent der Befragten finden, gesundheitsgefährdende Lebensmittel sollten verboten werden, hatte man nicht unbedingt erwartet, nachdem die Grünen, die im Wahlkampf einen «Veggie-Day» ins Spiel gebracht hatten, nach Ansicht politischer Analytiker bei der Bundestagswahl für diesen Ausflug in die Bevormundung hart bestraft worden waren. Die «Gesinnungspolizei» findet also durchaus Anklang in Deutschland, das miserable Abschneiden der Grünen muss auch andere Gründe haben.

### **Akzeptierte Sterbehilfe**

Rund die Hälfte der Deutschen (49 Prozent) möchte die Darstellung von Gewalt in Videos, Computerspielen und Filmen staatlich überwacht und nötigenfalls verboten sehen. In die Zone relativer Toleranz haben es die Pornografie («nur» 32 Prozent möchten sie verbieten), das Glücksspiel (26 Prozent sind für ein Verbot), der Verkauf hochprozentiger Alkoholika (19 Prozent) und die Sterbehilfe geschafft, die nur 13 Prozent verbieten möchten – ein deutliches Signal an die politisch Handelnden, die bisher sehr restriktive deutsche Praxis auf diesem Gebiet zu lockern.

Überraschend für viele kommt wohl der Befund, dass die Medien noch weit freiheitsfeindlicher sind als die Bevölkerung insgesamt. In der Untersuchung werden in der Mediendarstellung der «Verbotsframe», der «Freiheitsframe» und der «Gleichheitsframe» unterschieden, es wurde, mit andern Worten, danach gefragt, ob ein Gegenstand unter der ordnenden Perspektive des Verbots, der Freiheit oder der Selbstbestimmung abgehandelt wurde. Hier war der Trend klar. Der Anteil der Beiträge, in denen der Freiheitsframe gegenüber dem Zwangsframe dominierte, ging um 18 Prozentpunkte zurück, der Anteil der Beiträge, in denen der Freiheitsframe gegenüber dem Gleichheitsframe

dominiert, reduzierte sich um 30 Prozentpunkte, und der Anteil der Beiträge, in denen der Freiheitsframe gegenüber dem Verbotsframe dominierte, sank um 27 Prozentpunkte. In den Medien ist der Glaube an den Segen staatlicher Verbote ungebrochen.

## Europa hält sich gut

Was sich hier ausdrückt, ist der alte Glaube, Verbote könnten in allen Fällen auch das Problem selber beheben. Diese Haltung hat in den deutschen Medien derzeit tatsächlich Hochkonjunktur. Was sie besonders besorgniserregend macht, ist die Tatsache, dass der Wert der Freiheit oft nicht nur einfach in Abrede gestellt wird, sondern dass freiheitlich Argumentierende selber diffamiert werden. Ein gutes Beispiel dafür sind die «Debatten» in den Medien über das Verbot der rechtsextremistischen NPD oder über das Prostitutionsgesetz. Man wünscht sich Neonazis und Menschenhandel weg und ruft deshalb praktisch unisono und sehr laut nach Verboten. Dabei übersieht man nicht nur, dass so die Probleme nicht verschwinden, man verunglimpft auch nicht selten die, die für eine freiheitlichere Lösung eintreten, als Neonazis oder Freunde von Zuhälterei und Ausbeutung.

Besonders im Fokus der Forscher standen in diesem Jahr das Europa-Bild der Deutschen und ihr Verhältnis zur Europäischen Union. Es ergab keinen dramatischen Befund. Auffallend ist, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die EU im Verlauf des letzten Jahrzehnts deutlich abgenommen hat und dass nebst positiven Aspekten auch auffallend viele negative Begriffe wie «Bürokratie», «Vorschriften», «Einmischung» oder «Zerstrittenheit» mit dem Stichwort Europa verknüpft werden. Alles in allem aber hat sich das Europa-Bild der Deutschen trotz der Staatsschuldenkrise weniger drastisch verändert, als man angesichts der Berichterstattung hätte vermuten können. Der Begriff Freiheit wird dabei durchaus mit Europa assoziiert; es ist nicht so, dass eine Orientierung am Wert der Freiheit mit einer überdurchschnittlichen Skepsis gegenüber dem europäischen Einigungsprozess einherginge. Die Europäische Einigung wird von den Deutschen nach wie vor als ein Prozess gesehen, der zwar Gefahren für Wohlstand und soziale Gerechtigkeit birgt, gleichzeitig aber auch Fortschritte in Bezug auf Sicherheit und Freiheit mit sich bringt.

---

### MEHR ZUM THEMA

---

**Der Absturz der FDP  
Die Mühen des Liberalismus in  
Deutschland**

24.9.2013, 00:00 Uhr

**Deutschland wählt ein neues Parlament  
Das System Merkel findet den  
Beifall der deutschen Wähler**

23.9.2013, 09:30 Uhr

---

COPYRIGHT © NEUE ZÜRCHER ZEITUNG AG - ALLE RECHTE VORBEHALTEN. EINE WEITERVERARBEITUNG, WIEDERVERÖFFENTLICHUNG ODER DAUERHAFTE SPEICHERUNG ZU GEWERBLICHEN ODER ANDEREN ZWECKEN OHNE VORHERIGE AUSDRÜCKLICHE ERLAUBNIS VON NEUE ZÜRCHER ZEITUNG IST NICHT GESTATTET.